Nr. 50 Ulm a. D., 10. Dezember 1920. 13. Jahrg.

Die Eiche

Organ des Gewerkvereins der Holzarbeiter Deutschlands (H.-D.)

Erscheint wöchentlich einmal, je Freitags. Zu beziehen durch alle Postanstalten. Abonnementspreis 3 Mk. pro Vierteljahr.

Alle Zuschriften für die „Eiche" an F. Barnholt, Ulm a. D., Karlstr. 47, Telefon 1442. Alle für das Hauptbüro des Gewerkvereins bestimmten Postsachen sind zu adressieren: Gewerkverein der Holzarbeiter Deutschlands, Berlin N. O. 55, Greifswalderstraße 223. Sämtliche Geldsendungen an M. Schumacher, Berlin N. O. 55, Greifswalderstr. 223. Postscheckkonto 29 221 beim Postscheckamt Berlin N. W. 7.

Anzeigen, die sechsfach gespaltene Petitzeile 1 Mk., für den Arbeitsmarkt 50 Pfg. — Bei Wiederholungen Rabatt. —

Der 1. Kongreß des Gewerkschaftsringes.

Der erste Kongreß des Gewerkschaftsringes deutscher Arbeiter, Angestellten- und Beamtenverbände hat einen Verlauf genommen, der alle Erwartungen übertraf. Diese eindrucksvolle Kundgebung war ein Beweis für die Notwendigkeit der Existenz des Gewerkschaftsringes und ein Zeugnis für die Achtung und Anerkennung, die er sich im öffentlichen Leben errungen hat. Als am Samstag, den 27. Nov. abends 6 Uhr im Plenar-Sitzungssaale des ehemaligen preußischen Herrenhauses die Delegierten und Gäste zum Kongreß zusammentraten, da konnte Saal und Tribüne die Zahl der Erschienenen nicht fassen. Die Regierung zeigte ihr großes Interesse an dieser Bewegung durch das Erscheinen des Reichsarbeitsministers Dr. Brauns mit einer Anzahl Referenten, sowie des Reichswehrministers Dr. Geßler. Auch die Reichsministerien des Innern, der Finanzen, der Kunst und Wissenschaft, waren vertreten, ferner die Eisenbahndirektion Berlin u. andere Staatsbehörden. Sodann die Gesellschaft für soziale Reform, der deutsche Beamtenbund, der Werkmeisterbund, der Bund deutscher Berufssoldaten und andere Berufsverbände. Ebenso waren erschienen eine Anzahl Reichstags- und Landtagsabgeordnete.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns begrüßte den Kongreß auch im Namen und Auftrag des Reichskanzlers und wünschte der Tagung guten Verlauf und den Bestrebungen des Gewerkschaftsringes besten Erfolg. Besonders erkannte er an, was die deutschen Gewerkvereine (Hirsch-Duncker) in 50jähriger Tätigkeit für die deutsche Arbeiterschaft und das Vaterland geleistet haben. Als Reichsarbeitsminister rechne er auf die Mitarbeit des Gewerkschaftsringes bei der Lösung wichtiger und großer Aufgaben. In den nächsten Monaten gelte es, das Gesetz über den Arbeitsnachweis, über die Schlichtungsordnung, über Arbeitszeit und Arbeitsrecht zu verabschieden und hier rechne er auf die verständnisvolle Mitarbeiterschaft aller Arbeitnehmer, die neben den Rechten auch Pflichten anerkennen, die die neue Zeit uns auferlegt habe. Er hoffe, daß die Organisation des Gewerkschaftsringes der Arbeitnehmerschaft und dem gesamten Vaterland zum Segen gereichen möge. Seine Ausführungen fanden auf dem Kongreß stürmischen Beifall, wofür auch der Vorsitzende Gust. Hartmann besonders dankte.

Dann hielt Reichstagsabgeordneter Kollege Urkelenz ein großzügiges Referat über:

Ziele und Aufgaben des Gewerkschaftsringes.

Er legte dazu folgende Richtlinien vor, die der Kongreß anerkannte:

Die Entwicklung der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse in und nach dem Kriege hat bewiesen, daß erhebliche Teile aller Volksschichten noch nicht jenes Verständnis für die Pflichten in der Freiheit und für die Selbstverantwortung als Staatsbürger haben, wie sie für ein demokratisches Staatswesen unentbehrlich sind. Beweis dafür sind nicht nur die starke Verbreitung des Wucher- und Schiebertums, sondern auch die ungesunde Gewinne in Industrie und Handel, sowie die unsoziale Handlungsweise weiter Teile auch der Arbeitnehmerschaft (wilde Streiks, Arbeitsniederlegung in gemeinnötigen Betrieben, absichtliche Herabsetzung der Arbeitsleistung, Bruch abgeschlossener Verträge, Zertrümmerungsversuche gegen die Gewerkschaften, wilde Putsche gegen die Republik).

Die Ueberwindung dieser sozialen Krankheitserscheinungen, soweit sie sich in der Arbeitnehmerschaft zeigen, kann nur aus den Reihen der Arbeiter und Angestellten selbst erfolgen.

Zu diesem Zwecke haben sich 700 000 organisierte Arbeiter und Angestellte im Gewerkschaftsring zusammengefunden, um durch gemeinsames Handeln an der Ueberwindung der Gewaltherrschaft und damit am Wiederaufbau unseres Volkes und unserer Wirtschaft zu arbeiten.

Das deutsche Volk kann die politische Niederlage im Weltkriege und die Zerstörung seiner Wirtschaft nur überwinden auf dem Boden selbstverantwortlicher Freiheit und in der brüderlichen Gemeinschaftsgesinnung wahrhaft vaterländischen Denkens und Handelns. Freiheit und Volksbewußtsein sind deshalb die ersten und wichtigsten Grundlagen treuer Kameradschaft im Gewerkschaftsring.

Wir kämpfen vereint gegen den die deutsche Gewerkschaftsbewegung zersetzenden Geist, der vom bolschewistischen Rußland ausgeht. Wir lehnen diesen Geist ab und werden ihm in unsern Reihen keinen Platz gönnen. Die in jahrzehntelanger mühsamer Arbeit ganzer Generationen von Arbeitern und Angestellten aufgebaute Gewerkvereins- und Gewerkschaftsbewegung bleibt für uns auch in Zukunft das wichtigste Werkzeug zur Hebung der Arbeitnehmerschaft. Den Gewerkvereinsgedanken werden wir verteidigen gegen alle seine Feinde rechts und links.

Unerschüttert von der durch Krieg, Hunger, Revolution herbeigeführten Verwirrung, bekennen wir uns zu den alten Grundsätzen des Gewerkvereinsgedankens:

1. Ablehnung der Gewalt im Wirtschaftsleben.
2. Zielbewußte Reform auf dem Wege des Rechts.
3. Umwandlung des Arbeitsverhältnisses aus einem Gewaltsverhältnis in ein Rechtsverhältnis.
4. Festhalten am Gedanken des Tarifvertrages, der Vertragstreue u. des Schiedsgerichtswesens.
5. Anpassung der Löhne an die Lebensunterhaltungskosten.
6. Parteipolitische Unabhängigkeit der Gewerkvereine.
7. Ausbau der Gewerkvereine auf zentraler berufsgewerblicher Grundlage, bei entschiedener Ablehnung selbständiger Betriebsorganisationen oder Betriebsrätezentralen.
8. Aufrechterhaltung und Förderung des Gedankens der Arbeitsgemeinschaft.

Nachdem seit der Revolution auch für die nicht gewerkschaftlich geschulten Massen der Arbeiter ausreichend Gelegenheit war, Verantwortungsgefühl zu lernen, fordern wir alle gesunddenkenden Arbeiter auf, sich allen die Arbeiterinteressen schädigenden Putschen, Tarifbrüchen, Gewaltmaßregeln usw. energisch zu widersetzen. Die Arbeiterschaft kann ihre Ziele nur mit den Mitteln des Rechts erreichen. Der erste Weg dazu ist eine starke geschlossene Gewerkvereinsbewegung, die allem scheinrevolutionären Phrasengeklingel entsagt.

Krieg und Revolution bedeuten einen Wendepunkt in der Gestaltung und Organisation unseres großbetrieblichen Wirtschaftslebens. Die Pionierzeit des Einzelunternehmers ist für den Großbetrieb abgelaufen. Die vom Marxismus vorgeschlagenen Lösungen für die soziale Unruhe unserer Zeit sind überwiegend ein Irrtum. Sie sind ein Gemisch von Staatskapitalismus, Bürokratismus und zentralistischem Riesenbetrieb und werden deshalb den seelischen Ursachen der sozialen Unzufriedenheit nicht gerecht. Der kommunistisch-zentralistische Grundzug des Marxismus ist nicht aufbauender Natur. Die neue Wirtschaft hat jetzt

1. die Organisation der Großbetriebe in planvoller Weise durch horizontale oder vertikale Verknüpfung zusammengehöriger Betriebe zu vervollkommnen (Rationalisierung der Betriebe).
2. die diktatorische Beherrschung der Produktionsmittel zu ersetzen durch Mitberatung und Mitbestimmung der Arbeitnehmer im Betriebe und im wirtschaftsgewerblichen Verbande (Betriebsräte, Selbstverwaltung der Wirtschaft).
3. die sozialen Schutzmaßnahmen und ihre Ueberwachung zu entstaatlichen und in die Selbstverwaltung der Beteiligten zu überführen (Soziale Selbstverwaltung).
4. den Besitz an den Produktionsmitteln so zu demokratisieren, daß durch Einführung der Teilhaberschaft im Großbetriebe auch der Arbeitnehmer seinen Anteil am Besitz erhält (Arbeitsgesellschaft).

Der Kongreß des Gewerkschaftsringes bekennt sich somit zu einer energischen Reform in der Wirtschaft und betrachtet als deren Ziel die Ueberwindung der Klassenscheidung zwischen Besitzenden und Nichtbesitzenden.

Die wichtigste Voraussetzung zu diesen Reformen, sowie zu einer Gesundung der deutschen Wirtschaft und des Volkes, erblickt der Kongreß in der schnellsten und durchgreifenden Aenderung des Versailler Friedensvertrages und in einer Vereinigung aller Deutschen des ehemaligen Oesterreichs mit dem Reiche.

Indem der Kongreß sich zu diesen Anschauungen bekennt, fordert er alle deutschen Arbeiter, Angestellten und Beamten auf, sich mit ihm zu vereinigen im gemeinsamen Kampfe für die Durchsetzung dieser Grundsätze der **Vernunft, des Rechts, der Freiheit, der sozialen Pflicht.** Nur auf diesen vier Eckpfeilern kann die deutsche Arbeitnehmerschaft den Einfluß erstreben und erhalten, der ihr nach ihrer Zahl und nach ihrer wirtschaftlichen Bedeutung zusteht.

Der Kongreß fordert die angeschlossenen Verbände auf, auch in gemeinsamer Arbeit

an allen Orten für die Durchsetzung dieser Richtlinien besonders auch in der Gemeindepolitik tätig zu sein.

In der Aussprache legten eine Anzahl Vertreter aus den besetzten Gebieten ein Treuegelöbnis ab für unser Volk und Vaterland und für unsere Organisation.

Am Sonntag, den 28. und Montag, den 29. November wurden dann die Verhandlungen des Kongresses im großen Saale des Verbandshauses der deutschen Gewerkvereine in Berlin fortgesetzt und zwar zunächst mit einem glänzenden Referat von Chefredakteur Georg Bernhard, Mitgl. des vorläufigen Reichswirtschaftsrates über: **„Wirtschaftsordnung und Wirtschaftskrise“.** Wir kommen auf diese Ausführungen noch zurück, ebenso auf die, welche Dr. Walter Rathenau ergänzend daran knüpfte. Dann hielt Verbandsdirektor Gustav Schneider-Leipzig einen Vortrag über: **„Die Betriebsräte als Organ der wirtschaftlichen Selbstverwaltung“.** Dann sprach am Montag Dr. Laporte, Direktor des Wohnungsamtes der Stadt Berlin über **„Wohnungsnot und Siedlungsfrage“,** Rechtsanwalt Dr. Eichelbaum, Syndikus des Gewerkschaftsringes über: **„Der Ausbau des Arbeitsrechts“.** Ueber **„Die rechtliche u. wirtschaftliche Lage der Arbeitnehmer seit der Revolution“** sprach für die Staatsbedienstetenfrage, der Vorsitzende des Allg. Eisenbahnerverbands Scaruppe, für die Angestelltenfragen, Bundesvorsitzender d. G. D. A. Beckmann und für die Arbeiterfrage Verbandsvorsitzender der deutschen Gewerkvereine Gust. Hartmann. Es gestattet uns der Raum nicht, im Rahmen dieses Berichts auf alle die lehrreichen Fragen einzugehen, die dabei behandelt wurden. Die Richtlinien, die den Vorträgen zu Grunde lagen, werden wir in besonderen Artikeln unsern Kollegen und Kolleginnen zur Kenntnis bringen mit der Bitte, sie zu beachten und zu beherzigen.

Angenommen wurde einstimmig dann am Schluß des Kongresses folgender Antrag Riedel: Es sind 3 Ausschüsse zu bilden:

1. Wirtschaftsausschuß: „Wirtschaftsordnung und Wohnungsfrage“.
2. Sozialer Ausschuß: „Rechtliche und wirtschaftliche Lage der Arbeitnehmer und Betriebsrätefrage.“
3. Ausschuß für Behandlung der „Arbeitsrechtler.“

Der 1. Kongreß des Gewerkschaftsringes hat zur Informierung der Oeffentlichkeit und der Vertreter aus dem ganzen Reiche die Referate entgegen genommen. Die Vertreter werden ihren Ortsgruppen Bericht erstatten und die Stellungnahme den Ausschüssen mitteilen. Die Ausschüsse behandeln die ihnen gestellten Fragen unter Zugrundlegung der Entschließungen und Berücksichtigung der Meinungen der Ortsgruppen.

Ein baldigst neu einzuberufender Kongreß beschäftigt sich dann mit der Innenorganisation und nimmt die Berichte der Ausschüsse entgegen. Damit wird praktische Arbeit geleistet und die endgültige Festsetzung des Programms möglich gemacht.“

Ferner wurde einstimmig angenommen ein Antrag Varnholt-Ulm. „Die Leitung des Gewerkschaftsringes wird beauftragt ,in aller Bälde mit den Vertretern der angeschlossenen Verbände ein Organisationsstatut auszuarbeiten, das u. a. auch Bestimmungen enthält über Bildung und Finanzierung der Ortsgruppen und Landesverbände des Gewerkschaftsringes deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände.“ Ebenfalls einstimmig ein weiterer Antrag Varnholt:

„Der 1 Kongreß des Gewerkschaftsringes ersucht alle seine Mitglieder darauf hinzuwirken, daß in den örtlichen Steuerausschüssen auch Arbeiter, Angestellte und Beamte vertreten sind. Es darf keine Steuergeheimnisse mehr geben in einer Zeit des Steuerabzuges von Lohn und Gehalt.“

Angenommen wurde auch tagsvorher eine Entschließung von Gewerkvereinssekretär Alfred Gleslik, Mitglied des Reichswirtschaftsrates, in der es heißt: „Die Ausfuhr deutscher Waren ins Ausland ist zu einem erheblichen Teile bedroht durch die wachsende Mißstimmung der ausländischen Industrie wegen der niedrigen Preise für deutsche Waren. Ein Vertreter des Reichskommissars für Ein- und Ausfuhrbewilligung hat folgende Mitteilungen gemacht:

„In England wird auf eine Antidumpingbill hingearbeitet. In der Schweiz haben vor kurzer Zeit nicht weniger als 60 Industrieverbände bei der Regierung Schutz gegen die ausländische Industrie gefordert. In Schweden ist die Ausarbeitung eines Industrieschutzzolles beantragt worden. Norwegen und Dänemark haben ein Einfuhrverbot von Luxuswaren erlassen, das soweit gefaßt ist, daß jedes inländische Industrieprodukt geschützt ist. Finnland ist durch eine geschlossene Einfuhrkontrolle abgesperrt. Das japanische Zollgesetz enthält die Klausel eines Zuschlagzolles, der so hoch bemessen wird, daß ein „angemessener“ Preis im Verhältnis zum Inlandspreis erreicht wird. In Argentinien ist außer dem Zuschlagszoll noch ein besonderer Zuschlag von 30 pCt. beantragt worden. In Nordamerika steht der sogenannte Harding-Zoll zur Beratung, der einmal die Staatseinkünfte erhöhen, die Steuern herabdrücken und dann einen ausreichenden Schutz zur Erhaltung des amerikanischen Marktes für die Amerikaner bewirken soll.“

Nach einer Mitteilung des Amsterdamer „Telegraf“ bereitet die holländische Regierung einen Gesetzentwurf vor, der gewisse Waren aus Mitteleuropa ganz vom Verkauf auf dem holländischen Markte ausschließt.

Diese Gefahr kann nur überwunden werden, wenn die deutsche Industrie eine Preisstellung für Ausfuhrwaren trifft, die nicht allzu sehr unter den Produktionskosten in den Einfuhrländern liegt. Sie hat bisher diese Selbstdisziplin leider nicht gezeigt.

Im Gegenteil wird selbst gegen die ermäßigten Ausfuhrabgaben immer noch Sturm gelaufen und die Regierung zur Beseitigung dieser Abgaben gedrängt. Damit wird nicht nur das deutsche Wirtschaftsleben in schwere Gefahr gebracht, sondern es wird unmöglich, das Erträgnis dieser Abgaben zu verwenden, um den Sozialrentnern und Kleinrentnern eine kleine Erhöhung ihrer Bezüge zu sichern.

Der Kongreß protestiert gegen diese auf das Augenblicksinteresse des Handels eingestellte Handlungsweise, die einen dauernden, schweren Schaden für die deutsche Volkswirtschaft bedeutet.“

Das Schlußwort auf dem Kongreß sprach in eindrucksvoller Weise dann Abg. Erkelenz. Er konnte mit Recht hervorheben den Geist der Einigkeit, der stärker als man erwartete, auf diesen glänzend verlaufenen Kongreß, sich gezeigt habe. Wo Meinungsverschiedenheiten sich zeigten, seien sie leicht zu überbrücken. Während bei den freien Gewerkschaften der Zersetzungsprozeß immer größer wird und die Unduldsamkeit und der Terror immer stärker, sei unsere Bewegung der sichere Hort für alle fortschrittlich denkende Arbeitnehmer. Der Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände vereinigt alle unter Wahrung ihrer Eigenart als gleichberechtigte Glieder eines Ganzen, zur Förderung ihrer gemeinsamen berechtigten Interessen. Ein jeder trete in unsere Bewegung ein, der die positiv schaffende Arbeit am Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens will. Wir wollen uns nicht kleinlich streiten über nebensächliche Dinge. Wir wollen sein eine geistige Gemeinschaft von sozialgesinnten Männern u. Frauen. Jeden Parteistreit vermeiden wir in unseren Reihen, wir achten die religiöse, wie jede andere ehrliche Ueberzeugung des Nebenmenschen. Darum auf zu weiterer Tat, zur emsiger Mitarbeit, zur Opferbereitschaft für unsere Ziele und Ideale.

Der Vorsitzende schloß dann den Kongreß mit Dankesworten an alle die zum Gelingen beizutragen. Er dankte auch Herrn Ministerialdirektor Siefart vom Reichsarbeitsministerium, der bis zum Schluß der Verhandlungen anwesend war und in dankenswerter Weise sich auch an der Aussprache beteiligte. Zu ernster Arbeit haben sich Arbeiter, Angestellte und Beamte zu diesem **Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände** vereinigt, der sich unterscheidet von dem **Allg. deutschen Gewerkschaftsbund** der freien Gewerkschaften mit der „Afa“ durch die Ablehnung des Klassenkampfgedankens und durch die Wahrung wirklicher parteipolitischer Neutralität der ihm angeschlossenen Glieder. Der sich unterscheidet vom **Deutschen Gewerkschaftsbund** der christlichen Gewerkschaften durch den Grundsatz religiöser und rassepolitischer Neutralität, weil dies für uns eine selbstverständliche Forderung ist. Im preußischen Herrenhause, dieser Stätte alter Vorrechte haben wir Arbeiter, Angestellte und Beamte uns die Hand gereicht, nicht um neue Vorrechte für uns zu erkämpfen, sondern und die volle **Gleichberechtigung aller Glieder** unseres Volkes zu erreichen. Der 1. Kongreß des Gewerkschaftsringes war eine Tat, die zu neuen Taten im ganzen Reiche alle seine Glieder aufruft. Vt.

Tarifamt für das Deutsche Holzgewerbe.

Das Tarifamt hat am 14. und 15. Nov. in Leipzig folgende Entscheidungen getroffen:

a) Lohnstreitigkeiten.

In Leipzig wurde am 11. Juni 1920 zwischen den Vertragsparteien vereinbart, daß die Lohnzulagen für eine Anzahl Städte aus den vertraglichen Durchschnittslöhnen berechnet werden sollten.

In Breslau und Bremen legten die Arbeitgeber die Vereinbarung so aus, daß die Zulagen aus den Durchschnitts- bezw. Mindestlöhnen zu berechnen sind.

Die Entscheidung des Tarifamtes lautet:

1. Die Teuerungszulagen nach der Leipziger Vereinbarung vom 11. Juni 1920, um die sich die festgesetzten Vertragslöhne erhöhen, sind in allen Fällen nach den Durchschnittslohnsätzen des Reichstarifes zu berechnen, also auch dann, wenn der Arbeitnehmer nicht den Durchschnittslohn, sondern höhere Sätze oder nur den Mindestlohn zu beziehen hat.“

Danach betragen in der II. Tarifklasse einschließlich der Teuerungszulagen:

	Durchschnitts-löhne	Mindest-löhne
Für Facharbeiter über 22 Jahre	5.33	4.93
von 20—22 „	5.06	4.66
„ 18—20 „	4.62	4.22
„ 16—18 „	4.35	3.95
Für Hilfsarbeiter über 22 Jahre	4.52	4.17
von 20—22 „	4.10	3.75
„ 18—20 „	3.83	3.48
„ 16—18 „	3.58	3.23
Für Facharbeiterinnen üb. 22 Jahre	3.71	3.46
von 20—22 „	3.45	3.19
„ 18—20 „	3.05	2.80
„ 16—18 „	2.80	2.55
Für Hilfsarbeiterinnen üb. 22 Jahre	2.90	2.70
„ 20—22 „	2.53	2.33
„ 18—20 „	2.28	2.08
„ 16—18 „	2.02	1.82

In Bremen berechneten die Arbeitgeber die Prozente für Ueberstunden aus den Tariflöhnen vom 23. 1. 20. Die Arbeiter forderten die Berechnung aus den Sätzen, die sich durch die Zulagen der Leipziger Vereinbarungen vom 11. Juni 1920 ergaben. Es wurde wie folgt entschieden:

2. Entscheidung in der Differenz der Bezahlung der Ueberstunden in Bremen. Für die Berechnung der Prozente bei der Bezahlung für geleistete Ueberstunden ist der in Leipzig am 11. Juni 1920 vereinbarte Durchschnittslohn maßgebend.

Begründung:

Die Leipziger Vereinbarung vom 11. 6. 1920 sieht neben einer Teuerungszulage in Ziffer 5 auch eine Erhöhung der im Reichstarif festgesetzten Vertragslöhne vor.

In Cöln entlohnte die Firma Schürmann einige Montagetischler in Monatsgehalt. Die Arbeitnehmer sehen darin eine Verschlechterung des Vertrages.

Die Entscheidung lautete:

3. Entscheidung in der Angelegenheit der Firma Schürmann, Cöln. Die Entlohnung der Vertragsarbeiter kann nur auf der Grundlage des Stundenlohnes

und der im Reichstarif vorgesehenen Akkordbasis erfolgen.

Die Firma Dittert in Cöln wollte die Löhne in ihrem Betriebe von 7,09 M auf 6,80 Mark erniedrigen.

Die Parteien einigten sich, daß der Entscheid des Tarifamtes für sie maßgebend sein sollte. Er lautet:

4. Entscheidung in der Angelegenheit der Firma Dittert, Cöln. Die Firma ist verpflichtet, ihren Arbeitern während der Dauer des Arbeitsverhältnisses den beim Eintritt vereinbarten Stundenlohn zu bezahlen.

b) Akkorddifferenzen.

Bei der Firma Reschke, Berlin, weigerten sich die Arbeiter in Akkord zu arbeiten. In der Schlichtungskommission wurde unter Vorsitz eines Unparteiischen folgender Spruch gefällt:

„Die beklagte Firma kann nicht die Einführung der Akkordarbeit verlangen."

Die Arbeitgeber beantragten Entscheidung des Tarifamtes. Das Tarifamt entschied:

5. Entscheidung in der Akkorddifferenz der Fa. Reschke, Berlin. Der Schiedsspruch der Berliner Schlichtungskommission in der Streitsache der Fa. Reschke kann nur so ausgelegt werden, daß keine der Vertragsparteien in einseitiger Weise die Einführung der Akkordarbeit verlangen kann. Das Tarifamt hält an seinen bisherigen Beschlüssen fest. Danach ist Akkordarbeit nach Maßgabe der Bestimmungen des Reichstarifs zu leisten; seine Bestimmungen sind nach Treu und Glauben auszulegen.

c) Ferien.

In Breslau wurde vom 3. 5. bis Mitte Juni gestreikt. Nach dem Streik wurden eine Anzahl Arbeiter wegen Arbeitsmangel nicht wieder eingestellt. Die Arbeitnehmer verlangten für diese Arbeiter Ferien und beriefen sich auf die Leipziger Vereinbarung vom 11. 5. 20.

Streik bezw. Aussperrung gilt nicht als Unterbrechung des Arbeitsverhältnisses."

Das Tarifamt entschied:

„Dem Tischler Ernst Peisker in Breslau steht ein Anspruch auf Vergütung wegen Ferien gegen den Tischlermeister Nowack in Breslau nicht zu."

d) Zuständigkeit des Reichstarifs.

In den Münchener Kistenfabriken wurden die letzten Zulagen der Leipziger Vereinbarung nicht bezahlt. Es bestanden Meinungsverschiedenheiten zwischen den Parteien, ob für die Kistenfabriken der Reichstarif zuständig sei.

Das Tarifamt wurde von den Arbeitnehmern angerufen und entschied wie folgt:

„Der Reichstarifvertrag vom 3. Febr. 1920 gilt nur für Kistenfabrikanten, die Mitglieder des Arbeitgeber-Schutzverbandes für das Deutsche Holzgewerbe sind oder den Reichstarif anerkannt haben.

Obmann der Arbeitgeber:
Konietzny.

Obmann der Arbeitnehmer:
Schleicher.

Die Arbeitskammer des deutschen Holzgewerbes.

Kurz vor Ende des Jahres 1918 wurde in einer größeren Versammlung von Vertretern der Organisation der Arbeitgeber und der Arbeiter des Holzgewerbes die Gründung der Arbeitskammer des Holzgewerbes grundsätzlich beschlossen. Am 28. Nov. ds. Js. fand nun in Leipzig eine Sitzung des provisorischen Arbeitsausschusses der Arbeitskammer statt, an welcher die verschiedenen Vertreter der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen teilnahmen. Die Sitzung beschäftigte sich zunächst mit einem Antrag der Fachgruppe Holzbau und Holzveredelung, die ihren Beitritt zur Arbeitskammer von einer Veränderung der Satzungen abhängig machen will.

Als zweiter Punkt wurde die Luxussteuer behandelt, über deren das Holzgewerbe schädigende Wirkung keine Meinungsverschiedenheit besteht. Diesbezügliches Material ist bereits von den einzelnen Fachverbänden gesammelt worden. Dieses soll nun vervollständigt und einheitlich verarbeitet werden. Dann soll eine Eingabe an das Reichsfinanzministerium gemacht werden; auch im Reichswirtschaftsrat soll ein besonderer Vorstoß unternommen werden, um wenigstens die Ausführungsbestimmungen zu mildern.

Ganz besonderes Interesse zeigte man für die produktive Erwerbslosenfürsorge. Dieselbe will in erster Linie durch die Gewährung von Zuschüssen die Beschäftigung Erwerbsloser fördern. Die Höhe der Zuschüsse ist ziemlich beträchtlich. Geplant ist, daß die Arbeitskammer von der Regierung als Treuhänder bei der Vergebung von Aufträgen benützt wird. Sie soll die Pläne ausarbeiten und die Aufträge vergeben. Ihr würden unter Umständen auch Gelder zur Verfügung gestellt werden, um im Bedarfsfall Darlehen gewähren zu können. Der preußische Wohlfahrtsminister hat 500 Mill. M angefordert, wovon aber erst 65 Proz. bewilligt sind. Trotz der Schwierigkeiten ist die Arbeitskammer bereit, die ihr zugedachte Aufgabe bei Vergebung von Arbeiten zu übernehmen. Interessant war die Feststellung, daß sich bereits Außenseiter bemühen in das Geschäft zu drängen, eine sogenannte Arbeitsgemeinschaft des bayrischen holzverarbeitenden Gewerbes hat sich mit der Angelegenheit befaßt. Es ist daher notwendig, den Ausbau der Arbeitskammer des deutschen Holzgewerbes nach Kräften zu beschleunigen und insbesondere sofort die Landesausschüsse der Arbeitskammer ins Leben zu rufen, die dann den Landesbehörden gegenüber als die berufenen Vertreter des Gewerbes auftreten können.

Das größte Interesse fand zweifellos die Beratung der Holzfrage. Im Reichswirtschaftsrat ist bereits die Anfrage an die Regierung gerichtet, was sie zu tun gedenkt, um den Holzwucher zu unterbinden. Allgemein kam zum Ausdruck, daß die große Mehrzahl der Interessenten garnicht weiß, wie holzarm wir in Deutschland sind. Vor dem Kriege wurden in Deutschland jährlich etwa 43 Millionen Kubikmeter Nutzholz verbraucht, wovon 15 Millionen Kubikmeter eingeführt wurden. Von diesen 43 Millionen Kubikmeter verbrauchte die holzverarbeitende Industrie einschließlich des Baugewerbes allein etwa 30 Millionen Kubikmeter. Nach dem neuen Forstwirtschaftsplan ist aber für diese Zwecke nur ein Einschlag von 9,8 Millionen Kubikmeter vorgesehen. Um den Holzmangel zu steigern, kommt aber noch die Ablieferung an die Entente, die auf 20 Jahre lang jährlich 3,2 Millionen Kubikmeter von uns fordert. Daneben wird von Seiten des Holzhandels die Behauptung aufgestellt, daß wir im Holz förmlich ersticken und man verlangt von dieser Seite immer mehr Ausfuhrbewilligungen. Dem Holzhandel ist ein Ausfuhrkontingent von etwa 400 000 Kubikmeter im Vierteljahr freigegeben. Außerdem vergibt die Regierung noch Sonderkontingente etwa in der gleichen Höhe. Der bayerische Tierzuchtverband verlangt ein Sonderkontingent von 100 000 Kubikmeter, um ihn instand zu setzen, 2 Mill. M Valutaschulden, die er bei der Vieheinfuhr gemacht hat, zu decken. Aehnliche Ansprüche werden von andern süddeutschen Viehhandelsverbänden erhoben.

Diese Dinge müssen im Reichswirtschaftsrat gründlich besprochen werden und ist vor allen Dingen notwendig, daß die Holzbewirtschaftung vom Ernährungsministerium gelöst und dem Reichswirtschaftsministerium unterstellt wird. Bedenklich u. als für die heimische Industrie bedrohlich wurde die starke Holzausfuhr betrachtet. Ganz besonders die Feststellung, daß deutsche Holzhändler große Holzlager nicht nur in Holland, sondern auch in Schweden, Finnland und Helsingfors angelegt haben. Das erweckt den Anschein, als sollten auf diesem Weg nicht nur Vermögenswerte im Ausland sichergestellt werden, auch die inländischen Holzpreise können mit solchen Mitteln im Interesse des Handels beeinflußt werden. Zur Abwehr aller dieser Zustände war man sich einig, daß alle Kräfte mobil gemacht werden müssen und sollen dementsprechende öffentliche Kundgebungen veranstaltet werden. Von unserer Seite wurde ganz besonders auf die Tatsache hingewiesen, daß die Arbeitgeber der holzverbrauchenden Industrie ihre Klagen in der Presse einseitig darauf eingestellt haben, daß die Löhne die Produktion behindern, während hier festgestellt worden ist, daß nur eine Senkung der Holzpreise eine Wiederbelebung des Holzgewerbes herbeiführen kann. Wir hoffen, daß diese Tagung nicht ohne Eindruck geblieben ist und erwarten, daß den Beschlüssen die Taten bald folgen werden. Wir unsererseits sind bereit, an jeder Belebung des Holzgewerbes mitzuwirken. P. P.

Die Frage der Mitgliederbeiträge

ist auch auf der Städtekonferenz des deutschen Holzarbeiterverbandes besprochen worden, weil man es für dringend notwendig erklärte, die Verbandskasse zu fundieren. Nicht einer allgemeinen Beitragserhöhung redete man das Wort, jedoch verlangte man die Bezahlung der Beiträge nach der statutengemäßen Höhe. Die Vorschriften des Statuts, nach der die Zahlstellen verpflichtet sind, diejenige Beitragsklasse zu wählen, die dem vertraglichen Mindestlohn am Ort resp. im Beruf am nächsten steht, seien nicht überall richtig beachtet. Die „Holzarb.-Ztg." schreibt sodann: „Vielfach wird heute noch der Beitragssatz gezahlt, der schon vor längerer Zeit beschlossen wurde und vielleicht damals schon zu niedrig war. Die inzwischen eingetretene Erhöhung der Löhne ist nicht berücksichtigt worden. Wenn der Unterstützungsfall eintritt, dann wird es peinlich empfunden, daß die Unterstützungssätze niedrig sind. Das Anrecht auf höhere Unterstützungen wird aber nur erworben durch die Leistung entsprechender Beiträge."

Was hier gesagt und geschrieben wurde, ist richtig. Auch in unserem Gewerkverein der Holzarbeiter Deutschlands können die Ortsvereine und Mitglieder nicht achtlos an der Beitragsfrage vorübergehen. **„Ein Stundenlohn als Wochenbeitrag"** war der Grundsatz, der vor einiger Zeit in allen Holzarbeiterverbänden Anerkennung fand. Aber heute gibt es viele, die noch den Beitrag bezahlen, der im Frühjahr beschlossen wurde. Dabei hätten sie nach einer Erhöhung der Löhne die Pflicht gehabt, nun auch ihre Beiträge nach einer höheren Beitragsklasse zu zahlen. Wer z. B. seit dieser Zeit eine Lohnerhöhung von 50 ₰ die Stunde erhalten hat, hätte wenigstens 50 ₰ für die Woche mehr an Beiträge für den Gewerkverein bezahlen müssen. Das ist vielfach aber nicht geschehen. Prüfe mal jeder, was er für einen Stundenlohn hat und welche Wochenbeiträge er heute noch zahlt. Viele müßten dann sicher den Beitrag der 1. oder 2 Klasse zahlen, während sie heute kaum den der 3. Beitragsklasse entrichten. Das sind unhaltbare Zustände. Dies kann nicht so bleiben und **darum haben sämtliche Ortsvereine die Pflicht, die Beitragsfrage auf die Tagesordnung der nächsten Mitgliederversammlung zu setzen, um zu beschließen, welcher Wochenbeitrag mit Beginn des neuen Jahres im Ortsverein zu bezahlen ist.** Das liegt wegen der Unterstützungsfrage nicht bloß im Interesse aller Mitglieder, sondern ist auch notwendig für die Organisation, für die Hauptkasse des Gewerkvereins selbst. Es ist klar, daß wenn Lohnerhöhungen eingetreten sind wegen der steigenden Teuerung, diese Teuerung auch die Gewerkvereine trifft, weil die persönlichen und sächlichen Unkosten ebenfalls sich steigern. Darum muß auch hier ein Ausgleich erfolgen, sonst gefährden wir die Kampfkraft der Organisation. Das wird niemand verantworten können, der weiß, welchen ernsten Zeiten wir entgegen gehen und wer sich klar darüber ist, wieviel für den Erfolg starke Kassen bedeuten. Die Bezirksleiter sind deshalb verpflichtet, auf Grund der Tariflöhne nachzuprüfen, wo in den Vereinen nicht die richtigen Beiträge erhoben werden. Die Vorstände der Ortsvereine müssen veranlassen, daß die Beitragsfrage rechtzeitig immer geregelt wird und immer sofort

melden, welche Aenderungen bezüglich der Beitragsfragen im Ortsverein beschlossen wurde. Wir haben zu allen Kollegen und Kolleginnen das Vertrauen, daß sie es an der Opferwilligkeit gegenüber der Organisation nicht fehlen lassen. Sie allein ja nur ist es, auf die wir uns stützen können bei der Hebung und Verbesserung unserer Lage. Darum gebe jeder dem Gewerkverein, was ihm gebührt.

Vt.

Aus den Ortsvereinen.

Augsburg. Am Freitag, den 26. Nov. hielten wir unsere ordentliche Generalversammlung ab, die sich eines sehr starken Besuches zu erfreuen hatte. An herzlichen Worten begrüßte der erste Vorsitzende Kollege Seeger die so zahlreich erschienenen Mitglieder, den Kollegen Winter aus Ulm, ferner Kollegen Jentmeier, sowie mehrere Verbandskollegen an der Spitze den Ortsverbandsvorsitzenden Kollegen Ziegler, wünscht, daß die heutige Versammlung einen guten Verlauf nehmen möge. Zu Punkt 1 der Tagesordnung gab der Vorsitzende ein anschauliches Bild vom abgelaufenen Geschäftsjahr: 10 Mitgliederversammlungen, 3 außerordentliche, 6 Ausschußsitzungen, 7 Vertrauensmännerversammlungen, sowie 1 öffentliche Holzarbeiterversammlung waren notwendig um alles zu erledigen und die nötige Aufklärung den Mitgliedern geben zu können. Der Lohnpolitik wurde die größte Aufmerksamkeit geschenkt. Gewerkverein, Holzarbeiterverband und Christlicher Verband gehen in dieser Frage stets gemeinsam vor. Im ganzen Reiche erhielten die Kollegen im April eine Zulage von 35 Prozent nur die Augsburger Arbeitgeber glaubten eine Ausnahme machen zu müssen. Sie gaben uns 15 Prozent und vertrösteten uns auf die weiteren zentralen Abmachungen. Bis heute haben wir noch nichts erhalten, trotz der fortwährend steigenden Teuerung. Es wurde ein Schiedsspruch gefällt, welcher uns 25 Proz. zusprach, die Arbeitgeber haben denselben jedoch abgelehnt. Wir haben das Landeseinigungsamt angerufen, welches nochmals versuchte auf Verhandlungswege die Parteien zu einigen, doch alles war vergebens. Nun wurde der Schiedsspruch für rechtsverbindlich erklärt und immer noch lehnen die Herren es ab, auch nur einen Pfennig mehr Lohn zu bezahlen. Der Klageweg mußte nun beschritten werden und wollen wir nun sehen, welches Urteil das Gericht fällen wird. Eine beachtenswerte Person besitzen wir in Hrn. Bertram, junior, als Vorsitzender des Schutzverbandes, indem genannter Herr die vorige Woche in brutalster Weise seine gesamten Arbeiter aufs Pflaster geworfen hat. Herr Bertram ist auch Vorsitzender der örtlichen Schlichtungskommission, nicht das geringste hat er getan, um eine friedliche Lösung in dieser Sache herbeizuführen. Die ausgesperrten Kollegen stehen fest zusammen und Herr Bertram wird in den nächsten Tagen erfahren müssen, daß es auch für ihn noch Gesetze und vertragliche Bestimmungen gibt, die er einzuhalten hat. Als Korrespondenz hatte der Vorsitzende zu erledigen: Einläufe: 52 Briefe, 24 Karten und 3 Telegramme. Ausläufe: 26 Briefe und 16 Karten. Dadurch war eine stete Verbindung mit dem Hauptvorstand und der Bezirksleitung gegeben. Besonders rege haben wir uns auch am Ortsverbande beteiligt. Eine Reihe von Ortsverbandsversammlungen mit wichtigen Themas wurden abgehalten um dadurch das Gewerkvereinsleben im allgemeinen zu fördern. Vertretersitzungen und Vertrauensmännerversammlungen aller Berufe wurden abgehalten, um gemeinsam zu Lohnfragen und sonstigen notwendigen Tagesfragen Stellung zu nehmen. In diesem Jahre begingen wir unser 30jähriges Stiftungsfest, wo wir in der Lage waren 17 Kollegen für 20 und mehrjährige Mitgliedschaft ein Ehren-Diplom überreichen zu können. Zum Schlusse seines Berichtes dankt Kollege Seeger allen Mitarbeitern mit dem Ersuchen, auch im kommenden Jahre treu zur Sache zu halten, nur dann werden wir nutzbringend in der Organisation tätig sein können, wenn jeder einzelne dazu sein Bestes gibt. An den Tätigkeitsbericht anschließend gab Kassier Kohler den Kassenbericht, welcher ein erfreuliches Bild gab. Beide Berichte wurden mit bestem Interesse aufgenommen und in der Diskussion kam zum Ausdruck, daß die Verwaltung getan hat, was nur möglich war, Dank und Anerkennung wurde den Kollegen gezollt. Insbesonders war es Kollege Winter, welcher uns zunächst Grüße von Kollege Varnholt übermittelte, seine Freude zum Ausdruck brachte, heute die Augsburger kennen gelernt zu haben und aus den beiden Berichten wohl ersehen hat, daß es im Augsburger Ortsverein gut bestellt ist. Die Neuwahl ging flott von statten. Gewählt wurden als erster Vorsitzender Hans Seeger, Ottostr. 9, als zweiter Vorsitzender Eustach Pentenrieder, Lindenstr. 17, als Kassier Konrad Kohler C. 206, als Schriftführer Max Schweizer, H. 357, und als Beisitzer Max Zenzs, A. 614. Als Ortsverbandsvertreter werden tätig sein die Kollegen Röger und Pentenrieder. Mitglied der ständigen Lohnkommission bleibt Seeger, des Schlichtungsausschusses Pentenrieder. Sämtliche Gewählten versprachen, ihr Bestes herzugeben, um unsere gute Sache zu fördern. Als Anträge wurden behandelt und nach kurzer Aussprache einstimmig angenommen: 1. den Lokalbeitrag um 25 ₰ zu erhöhen und 2. allen Mitgliedern, welche ihr 20. Mitgliedsjahr erreichen, ein Diplom zu geben. Hierauf hielt uns Kollege Winter einen lehrreichen Vortrag. Redner streifte den Werdegang der Tarifverträge bis zur heutigen Zeit, die Kündigung des Reichstarifs, unsere neue Lohnforderung, den Zusammenschluß der Arbeitgeberverbände und zieht den Schluß daraus, daß die Kollegen festhalten müssen an der Organisation, wenn weitere Fortschritte gemacht werden sollen. Redner streift auch die Geschäftslage im allgemeinen, gibt uns Zahlen von der Holzlieferung an die Entente, was ebenfalls dazu beiträgt, die Preise anzuhalten. Zum Schlusse ersucht Redner, daß auch die Augsburger nach Kräften dazu beitragen möchten, im Verein mit den Bezirksleitern mit aufzubauen und durchzuhalten in dieser schweren Zeit. Der Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen und nach kurzer Diskussion kam auch zum Ausdruck, daß man gerne bereit ist, alles zu tun, um unsere Organisation vorwärts zu bringen. Nach einem kräftigen Schlußworte seitens des Vorsitzenden wurde die mit großer Begeisterung getragene Generalversammlung geschlossen.

Briefkasten der Redaktion.

P. V. War nicht mehr möglich.

H. S. Im Anschluß an die Tagung des Tarifamts am 26. November haben in Leipzig Verhandlungen stattgefunden über die eingereichten Forderungen, die aber zu keinem Ergebnis führten. Am 7. Dez. begannen in Berlin neue Verhandlungen, über deren Ergebnis in nächster Nummer Mitteilung erfolgt.

* * *

Die Fortsetzung des Artikels über „Die kommende Schlichtungsordnung erfolgt in nächster Nummer.

An die Empfänger der „Eiche".

Sobald sich die Adresse des Empfängers ändert oder mehr oder weniger Zeitungen gewünscht werden, ist dies sofort mitzuteilen an:

F. Varnholt
Ulm a. D., Karlsstr. 47.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 50. Wochenbeitrag für das Jahr 1920 fällig.

Anzeigen.

Für den Inseratenteil ist die Redaktion den Lesern gegenüber nicht verantwortlich.

Soziale Kommission der Deutschen Gewerkvereine H. D.

Betriebsratsmitglieder!
(Arbeiterrat, Betriebsobleute, Ersatzmänner und Vertrauensleute)
Groß-Berlins,
soweit sie den Deutschen Gewerkvereinen angehören!
Donnerstag, den 16. Dez. 1920, abends 7 Uhr, **im Verbandshause,** Greifswalderstraße 221 223

Unterrichtsabend.
„Bilanzen und Bilanzpolitik!"
Referent Herr Karl [illegible], Halensee.
Gäste haben unter Vorzeigung des Verbandsbuches und Vertrauensmännerkarte Zutritt. Vollzähliges Erscheinen erwartet.

Soziale Kommission: [illegible] **Arbeitsausschuß:** Alfred Lange.

! Eiserne Ziehklingenhobel !
[illegible]
M. Walther, Dresden 22, Rehefeldterstraße 53.

Gewerkverein der Holzarbeiter, H. D. Hagen in Westfalen.
Am 12. Dezember 1920, abends 8 Uhr, im Vereinslokal Fr. Conrady.
Generalversammlung
die wichtigsten Punkte sind u. a.
„Tätigkeitsbericht"
„Vorstandswahlen"
„Der Schiedsspruch in Dortmund."
Allseitiges Erscheinen erwartet der Vorstand.
J. A.: **Max Frömmichen.**

Vereinigte Ortsvereine Berlin.
Sonntag, 12. Dez., vorm. 9½ Uhr, im Verbandshause
Generalversammlung.
Tagesordnung:
1. [illegible] Schumacher über: „Lohn[illegible] der Lohnbewegung!"
[illegible] Lokalverwaltung.
[illegible]
Erscheinen ist Pflicht.
Die Ortsverwaltung.

Stuhlflechtrohr!
natur, sofort lieferbar, prima Ware

Nr.	2	3	4	5
Mk.	67.—	64.—	57.—	50.— per Pfund

M. Walther, Dresden 22, Rehefeldterstraße 53.

Eine ganze Bibliothek für nur neun Mark
erhalten Sie durch **„Wirtschaftl. Arbeitnehmertaschenbuch"**, *Enthält alles, was man im täglich. Leben rasch wissen muß, z. B.: Verfassung, Friedensvertrag, Heerwesen, Finanzen, Steuergesetze, Eisenbahnen, Auswanderung, Unternehmer- und Arbeitnehmer-Verbände, Wirtschaftssysteme, Parteiwesen, Radiokunst, Massenpsychologie, Sowjetrussland, Arbeiter- und Angestelltenrecht, Betriebsräterecht, Soziale Versicherung, Reichs-Versorgungsgesetz, Systeme der Volkswirtschaft, Sozialisierung, Gewinnbet., Ingen., Ind. rationen, Taylor-System, Schiedsw., Volkswirtsch. fl. Tag., Lauf a. Einkommen usw. Preis M. 9.— beim Volksverlag für Wirtschaft und Verkehr, Stuttgart 20, Pfizerstrasse 5.*

Für den **Weihnachtstisch** empfehle ich den Kollegen nachstehende preiswerte, abgelagerte
Cigarren
in Kistchen von 100 Stck.
Nr. 1 J 120 Mark
Nr. 2 L 100 Mark
Nr. 3 T 80 Mark
Nr. 4 C 60 Mark
Aufträge werden innerhalb 8 Tagen prompt erledigt und per Nachnahme abgesandt.
Adolf Löwenstein, Erndtebrück i. W.
Kreis Wittgenstein.

Verlag und verantwortlich für die Redaktion: F. Varnholt, Ulm a. D., Karlsstraße 47, Telefon 1442. Druck der Ulmer Zeitung A.-G. in Ulm a. D.